

und des westdeutschen Finanzkapitals eine Plattform der Liquidierung der Arbeiter-und-Bauern-Macht entwickelt hatte, wurde zerschlagen.

Die Politik der Stärke erlitt eine Niederlage. Die Konzeption der Bonner Regierung, die Machtverhältnisse in der Deutschen Demokratischen Republik zu ändern und nach dem Osten vorzustoßen, erwies sich als undurchführbar. Die Deutsche Demokratische Republik erwies sich dank der entschlossenen Haltung der Partei, der konsequenten Führung durch das Zentralkomitee und der moralisch-politischen Einheit unserer Werktätigen als eine feste Bastion im sozialistischen Lager.

Gleichzeitig waren viele Probleme der Politik herangereift, die eine marxistisch-leninistische Stellungnahme erforderten. Dieser bedeutsamen Aufgabe unterzog sich das 30. Plenum des Zentralkomitees, auf dem der Erste Sekretär des ZK, Genosse Walter Ulbricht, zu Grundfragen der Politik der SED das Referat hielt. Das Zentralkomitee erhob das Referat zum Beschluß. Das 30. Plenum und seine Beschlüsse leiteten den Umschwung in der Lage ein und führten die Partei in die Offensive. Das Zentralkomitee betonte: „Die Existenz des deutschen Imperialismus erfordert, daß die SED der deutschen Arbeiterklasse Lehrer und Führer im Kampf gegen das deutsche Monopolkapital ist und allen friedliebenden, demokratischen Kräften den Weg zur Sicherung des Friedens und die Perspektiven des neuen Deutschlands zeigt.“

Dieser Aufgabe entsprechend, gab das Zentralkomitee auf der 30. Tagung eine exakte Einschätzung der Klassenkräfte. Es stellte fest, daß gegenwärtig der Kampf in Deutschland zwischen zwei politischen Hauptkräften und zwei gesellschaftlichen Systemen geführt wird.

Wenn der Kampf in Deutschland zwischen zwei Hauptkräften geführt wird, muß man sich bei allen Deutschland und den Frieden betreffenden Fragen auf die Arbeiter-und-Bauern-Macht orientieren, sie stärken, die sozialistischen Errungenschaften der Deutschen Demokratischen Republik sichern und ihre Überlegenheit über das imperialistische Westdeutschland ausbauen. Es kam darauf an, den sozialistischen Aufbau in der Deutschen Demokratischen Republik mit allen Kräften und konsequent fortzuführen.

Jede Wiedervereinigungslosung, die nicht von der realen Lage, nämlich der Existenz zweier deutscher Staaten mit unterschiedlicher